



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/42 - 19.2.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Zur Lage der Ostzonenflüchtlinge	S. 1
Europa in Afrika verteidigen ?	S. 3
Schulungskurse der Arbeiterwohlfahrt	S. 5
<u>Nachtrag: Kommuniqué und Entschließungen des Partei Vorstandes</u>	

Deutschlands blutende Wunde

P.R. Weit über hunderttausend Menschen sind seit Mitte letzten Sommers, als in der Sowjetzone die Entscheidung über die vollkommene Bolschewisierung gefallen war, nach Berlin oder über Berlin nach Westdeutschland gekommen. Die Ziffern sind in beklemmendem Maße angestiegen, auf 21.400 im Januar. Trotzdem scheint hier und da noch der Eindruck zu bestehen, als handle es sich um eine zeitlich engbegrenzte Katastrophe, vergleichbar einer Reihe von Erdbeben oder den Damnbrüchen und Überschwemmungen an den Küsten der Nordsee.

Dem ist aber nicht so. Der Strom der Verzweifelten fließt seit Monaten und schwillt weiter an. Aus Einzelaktionen ist seit langem eine regelrechte Abwanderungsbewegung geworden. Sie wird nur beendet sein, wenn die Sowjets eines Tages auch den Weg nach Berlin so versperren, wie es praktisch an der langen Zonengrenze bereits geschehen ist, wo nur noch hin und wieder ein Einzelner oder eine kleine Gruppe durchsickern. Wenn aber die Sowjets eines Tages "dichtmachen" sollten, wird das für Unzählige eine Marter ohne Ende bedeuten.

Wer durch die neuen Auffanglager kommt, steht erschüttert vor der Szenerie der ersten Nachkriegsjahre. Bilder des Elends

und der unmittelbarsten Lebensnot aus einer Welt, von der man gehofft hatte, sie sei endgültig überwunden, drängen sich erneut auf und zwingen zur Stellungnahme. Sie wirken umso erschreckender, als sich die Fassade der Bundesrepublik seit damals von Grund auf gewandelt hat und anmaßend prächtig geworden ist. Wie hart hier zwei Welten in einem Volk aufeinanderstoßen, werden die nächsten Wochen und Monate erst zeigen, wenn etwa die Sammelunterkünfte in Westdeutschland gefüllt sein werden, der Ansturm der Verzweifelten aber anhält und untergebracht werden muß. Es ist heute schon unerlässlich, eine zweckmäßige, auf breiter Grundlage aufgebaute Organisation zur Betreuung der Flüchtlinge zu schaffen, mit möglichst geringem Aufwand bei maximaler Leistungsfähigkeit. Das, was bisher geschehen ist, reicht bei weitem nicht aus.

So läßt z.B. der Regierungsbeschuß, den Gemeinden kein Geld für Behelfsbauten zur Unterbringung von Flüchtlingen, sondern nur für - doppelt zu belegende - Wohnungen zu geben, außeracht, daß die Wohnungen erst gegen Jahresende fertig werden können und daß die Flüchtlinge bis dahin eben doch in Behelfsheimen untergebracht werden müssen. Auch die Methode, den Gemeinden ohne vorherige Nachfrage nach Unterbringungsmöglichkeiten und finanzieller Leistungskraft Flüchtlinge zu senden, ist unüberlegt. Es wäre gut, systematischer vorzugehen und wenn die Regierung mit dieser Aufgabe nicht fertig wird, sollte eine Gemeinschaft von dafür geeigneten Organisationen, deren Feld die soziale Arbeit ist, zu eigener Initiative kommen und sie auf die Regierung zu übertragen versuchen.

Aber das Problem wird in seiner ganzen Schwere nicht gelöst werden können, wenn nicht auch ausländische Hilfe hinzukommt. Gewiß ist von draußen in dieser Beziehung schon viel geschehen, improvisiert und als unmittelbarer Ausdruck tätiger Hilfsbereitschaft. Das ist mit herzlichem Dank entgegengenommen worden. Aber auch hier wäre mehr System am Platze. Die Hilfe kann unmittelbar und positiv geleistet werden, aber auch durch Lockerung von Verpflichtungen auf anderen Gebieten, mit der Maßgabe, freiwerdende Beträge eben für die Flüchtlinge aus der Sowjetzone zu verwenden. Ihre menschenwürdige Unterbringung und Versorgung und schließliche soziale Sicherung, soweit das eben möglich ist, sind wesentliche Teile einer politischen Konsolidierung im europäischen Raum gerade dort, wo der sowjetische Machtbereich in gefährlicher Nähe liegt.

Es ist immer wieder gesagt worden, die deutsche Situation sei anders, als die jedes westeuropäischen Landes und weiter, die Bundesrepublik sei nicht Deutschland, was in der übrigen westlichen Welt immer wieder vergessen wird. Zonen- und Sektorengrenzen sind klaffende, seit Monaten unablässig blutende Wunden am deutschen Volkskörper. Diese aller Welt sichtbare Tatsache darf bei der Bewertung deutscher Verpflichtungen für eine europäische Gemeinschaft unter keinen Umständen unberücksichtigt bleiben.

+ + +

Die Randverteidigungs-These

Eine Stärkung für die Rückversicherer

se. Im Anschluß an den europäischen Blitzbesuch des amerikanischen Außenministers Dulles sind, weniger in der Presse als vielmehr in privaten Gesprächen, Vermutungen und Kombinationen über die USA-Außenpolitik aufgetaucht für den Fall, daß die EVG-Verträge in ihrer gegenwärtigen Form nicht die Zustimmung der sechs beteiligten Länder finden. Die Aussichten für deren Annahme sind mehr als trübe. Frankreichs Zusatzwünsche nehmen dem ganzen Vertragswerk seinen bisherigen Kern; die Bestürzung darob beschränkt sich nicht allein auf die deutsche Bundesregierung, sie ist in Rom wie in den Hauptstädten der Benelux-Länder ebenso vorhanden und verstärkt die Neigung, erst einmal abzuwarten.

Niemand konnte und durfte vom amerikanischen Außenminister Alternativ-Vorschläge erwarten. Zunächst bewegt sich die USA in den Bahnen der Europapolitik, wie sie von Vorgänger Eisenhower, Truman, eingeschlagen werden. Dulles fand auf seiner Inspektionsreise, daß der Plan einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zwar nicht tot, aber eingeschlafen sei. Natürlich ist es das Bestreben eines jeden Arztes, Scheintote wieder zum Leben zu erwecken. Das tat in redlicher Mühe auch Dulles. Es gibt freilich auch hoffnungslose Fälle. Der Bericht, den Dulles im USA-Kongreß über seine Europatour erstattete, war nicht gerade - was die Zukunft der EVG anbelangt - von starker Zuversicht geprägt; im Einzelnen trug er sogar pessimistische Züge.

Im Zusammenhang mit einer möglichen Neuorientierung der amerikanischen Europapolitik ist wieder die Randverteidigungs-These in die internationale Debatte geworfen worden, obwohl das offizielle Washington dazu überhaupt keinen Anlaß gab. Es gibt Leute, die amerikanischer sein wollen als die Amerikaner, und die glauben, sie hätten Kenntnis von den geheimsten Absichten und Gedanken der neuen USA-Regierung. Die These, Europa am Rande, etwa an den Pyrenäen oder

gar in Nordafrika zu verteidigen, d.h., das dazwischenliegende Gebiet einfach preiszugeben, ist der größte Liebesdienst, den man der Sowjetunion erweisen kann. In seinen praktischen Konsequenzen vergrößert er die Armee der Rückversicherer und treibt den kommunistischen Tarnorganisationen in allen Ländern neue Scharen von Ängstlichen, Vorsichtigen und Karrieresüchtigen in die Arme. Das Motto: Wir sind alle immer dagegen gewesen, hat auf furchtsame Hasen eine verführerische Anziehungskraft. Wo bleibt dann der Wille zur Verteidigung? Hitler hat die größten unblutigen Siege vor 1933 durch die scheinbare Lähmung der Westmächte errungen, die bei vielen Völkern den verhängnisvollen Eindruck entstehen ließ, daß es keine Macht gäbe, die bereit wäre, den Hitlerschen Herausforderungen zu trotzen.

Es mag in der amerikanischen Politik gewisse Strömungen geben, die das Mittel der Furcht, des Drucks und der Dollardiplomatie als geeignetes Instrument halten, Westeuropa gewissermaßen zur Raison zu bringen und es auf einen Weg zu zwingen, der nach den Vorstellungen dieser Kreise die widerstrebenden europäischen Länder zu mehr oder weniger vorbehaltlosen und willigen Bundesgenossen der USA machen. Nichts deutet jedoch darauf hin, daß diese Strömungen einen Niederschlag in der ^{Regierungs-}amerikanischen Politik gefunden hätten oder finden werden.

Die EVG ist nicht der Weisheit letzter Schluß. In ihrer jetzigen Form und bei den psychologischen und moralischen Belastungen, sichtbar bei allen davon betroffenen Völkern, nicht unterstützt von der allgemeinen Volkstimmung, und dies nicht nur in der Bundesrepublik, erweist sie sich als höchst ungeeignet für eine wirksame europäische Verteidigung. Walter Lippman, der bekannte amerikanische Kommentator und einst einer der Enthusiasten für die EVG, spricht heute von der Notwendigkeit neuer Verhandlungen in einem neuen Geiste. Er steht nicht allein. Es ist nicht anzunehmen, daß es der Ehrgeiz der Eisenhower-Regierung als der Regierung des mächtigsten Staates in der Welt sein kann, ihre Energien und ihre Staatskunst in der Wiederbelebung eines Kadavers zu erproben.

Lehrgänge der Arbeiterwohlfahrt

Von der Arbeiterwohlfahrt wird uns geschrieben:

Die Arbeiterwohlfahrt (Hauptausschuß) wird in diesem Jahr drei Lehrgänge veranstalten, in denen junge Menschen, die in der praktischen Jugendarbeit stehen, in Theorie und Praxis mit den Methoden moderner Sozialpädagogik vertraut gemacht werden sollen. Die jeweils sechs Wochen dauernden Kurse werden wenige ausgewählte Vorträge sowie viele Diskussionen und Übungen umfassen. Die Teilnehmer sollen mit den charakteristischen Merkmalen der verschiedenen Entwicklungsstufen des Jugendlichen bekannt gemacht werden und die Möglichkeit erhalten, pädagogische Probleme von verschiedenen Standorten aus zu studieren. Zur Beteiligung sind eingeladen: Erzieher in Lehrlings- und Jugendwohnheimen, junge Gewerkschaftler, Juristen, Mediziner, Lehrer, Studenten usw.

Der ständige Mitarbeiterstab, dem voraussichtlich auch eine Lehrkraft mit mehrjähriger Erfahrung in den USA angehören wird, wird ergänzt durch Fachkräfte aus Berlin, die den Lehrgangsteilnehmern Einblick in ihre Arbeitsgebiete vermitteln werden.

Das an einem Havel-See gelegene Heim der Arbeiterwohlfahrt in Neu Kladow, in dem die Kurse stattfinden werden, ist verbunden mit einem Lehrlingsheim und mit einem großen Durchgangsheim für Jugendliche aus der Ostzone. Die Unterbringung der Lehrgangsteilnehmer ist kostenlos. Außerdem kann ein Taschengeld und - falls erforderlich - ein anfallender Verdienstaussgleich gezahlt werden. Als Termine sind vorgesehen

- I. vom 1. 3. bis 15. 4. 1953
- II. " 1. 5. " 15. 6. 1953 (oder 15. 5. - 31. 6. 1953)
- III. 6 Wochen in der Zeit zwischen dem 1. 8. und dem 30. 10. 53

Die Kurse haben außer der Schulungsaufgabe noch einen anderen damit zusammenhängenden Zweck. In der gegenwärtigen Situation sind fast alle Jugendwohn- und Lehrlingsheime so knapp mit pädagogischen Kräften besetzt, daß ohne Beschaffung einer Vertretung die Teilnahme auch nur eines Mitarbeiters an einem dieser Kurse ausgeschlossen ist. Die Arbeiterwohlfahrt hofft, daß in den ersten beiden Kursen soviel Teilnehmer bereit und geeignet für die Übernahme einer Vertretung in einem dieser Heime sind, daß im dritten bzw. schon im zweiten Kursus die pädagogischen Kräfte, die in diesen Heimen arbeiten, teilnehmen können.

Anmeldungen zu allen diesen Kursen sind an die Arbeiterwohlfahrt (Hauptausschuß) e.V. in Bonn, Dettendorfer Str. 168 zu richten. Bei der Bewerbung ist anzugeben, für welchen Kursus die Teilnahme gewünscht wird. Außerdem:

Genaue Anschrift, Beruf, derzeitige Tätigkeit, bei wem und wo.

Gleichzeitig ist anzugeben, wem wegen der Beurlaubung geschrieben werden soll oder welche anderen Voraussetzungen notwendig sind, um dem Bewerber die Teilnahme zu ermöglichen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau

18.2.1953

Schärfste SPD-Kampfansage gegen Wahlgesetzentwurf

Die Krise im EVG-System - Ergebnisse einer Vorstandssitzung

Mit grösster Schärfe wandte sich auf seiner Tagung am 18. Februar in Bonn der Vorstand der SPD gegen den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes, wie er vom Bundeskabinett verabschiedet worden ist. Man war sich darüber einig, dass dieser Entwurf nichts anderes als ein Anschlag auf die Grundlagen der Bundesrepublik sei, der das Vertrauen in die Zuverlässigkeit und Aufrichtigkeit der demokratischen Staatsführung aufs schwerste erschüttern muss. Es sei jedermann klar, dass dieses Gesetz keinen anderen Zweck diene, als mit wahltechnischen Tricks der gegenwärtigen Regierungskoalition über die schwere Krise hinwegzuhelfen, in die sie in den Augen weitester Bevölkerungskreise geraten ist. Die SPD werde mit äusserster Entschlossenheit gegen das Bestreben der Regierung ankämpfen, sich mit diesen Methoden an der Macht zu halten.

Einen breiten Raum nahm in den Beratungen die Krise in den internationalen Verhandlungen über den EVG-Vertrag ein. Sie findet besonders deutlichen Ausdruck in den französischen Zusatzprotokollen, die den Inhalt des EVG-Vertrages in wesentlichen Teilen verändern und den Zustand der tatsächlichen Ungleichheit der Partner dieses Systems über den vorhandenen Umfang hinaus weiter verschlechtern. Eine einstimmig angenommene Entschliessung des Vorstandes stellt diesen Sachverhalt nachdrücklich fest.

Mit besonderer Besorgnis nahm der Vorstand von der letzten Entwicklung in der Saarfrage Kenntnis, die gleichfalls eine wesentliche weitere Verschlimmerung der bisherigen Situation darstellt. Es wird immer deutlicher, dass die französische Regierung in dieser Frage vollendete Tatsachen in ihrem Sinne schaffen will, und zwar noch vor der Ratifikation eines in ihrem Sinne revidierten EVG-Vertrages und natürlich ebenso vor einer Lösung durch einen späteren Friedensvertrag. Der Vorstand begrüsst es, dass die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion durch ihre grosse Anfrage das Saarproblem auch im Parlament wieder zur Sprache bringen wird, dessen Vernachlässigung durch die Regierungspolitik eine schwere und dauernde Schädigung wesentlicher deutscher Interessen bedeuten muss.

Die Diskussion über diese Fragen war durch ein Referat des Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer eingeleitet worden, in dem dieser u.a. des näheren über sein Gespräch mit dem amerikanischen Aussenminister Dulles und seine erste informative Unterhaltung mit dem neuen amerikanischen Hohen Kommissar Conant berichtete.

Herbert Wehner und Franz Neumann-Berlin gaben ein Bild von dem wachsenden Vertriebenenansturm aus der sowjetischen Besatzungszone nach West-Berlin. Gerade weil es den Sowjets vor allem darauf ankomme, die Lage West-Berlins auch auf diese Weise zu erschweren, müssten die Abzugsmassnahmen, die die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder zugesagt haben, so schnell wie möglich verwirklicht werden. Neben der ersten Unterkunft- und Versorgungshilfe sollten vor allem auch kleine zusätzliche Lebenserleichterungen geschaffen werden, wie Bücher, Zeitungen, soweit möglich auch ein kleines Taschengeld. Dinge, die von grosser psychologischer Bedeutung seien.

Der Vorstand der SPD beschloss, für Mitte Mai eine grosse zentrale sozialdemokratische Parteikonferenz nach Frankfurt/Main einzuberufen. An ihr werden Parteivorstand, Parteiausschuss und Kontrollkommission sowie die Bundestagsfraktion, Vertreter der Landesorganisationen und Landtagsfraktionen und schliesslich die sozialdemokratischen Mitglieder der Länderregierungen teilnehmen.

18. Februar 1953

Entschliessung des Vorstandes der SPD
von 18. Februar 1953

Die von der französischen Regierung gewünschten Zusatzprotokolle zum Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sind in Wirklichkeit nicht Vereinbarungen über die Auslegung unklarer Begriffe in den Vertragstexten, sondern würden im Falle der Annahme den materiellen Vertragsinhalt in seinen wesentlichen Bestandteilen entscheidend verändern. Es würden durch diese Forderungen alle im Begriff der sogenannten Integration enthaltenen Beschränkungen der nationalen Verfügung über das militärische Potential ausschliesslich zu Lasten Deutschlands gehen, während Staaten mit Kolonialbesitz - also insbesondere Frankreich - die Möglichkeit erhalten, sich nach eigenem Ermessen der Verpflichtung zu entziehen, ihre Streitkräfte und ihre Rüstungsproduktion der gemeinsamen Verteidigung zur Verfügung zu stellen.

Eine Reihe anderer Bestimmungen begünstigen die nicht-deutschen Vertragspartner, insbesondere Frankreich, und benachteiligen ausschliesslich Deutschland.

Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft würde im Falle der Annahme dieser Forderungen politisch ein einseitig gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtetes Kontrollinstrument sein.

Angesichts dieser Lage wäre es besonders unverantwortlich, die dritte Lesung der Verträge nach den Vorstellungen des Bundeskanzlers abzuhalten. Der Bundestag würde in diesem Fall einem Vertrag zustimmen, dessen volle Tragweite erst nach einer Entscheidung über das Schicksal der französischen Zusatzwünsche erkannt werden kann.

Die SPD mahnt deshalb dringend, nicht weiter kostbare Zeit mit unabwehrbaren Auseinandersetzungen auf ungeeigneter Grundlage zu verlieren, sondern zu versuchen, auf neuer Grundlage zu einem Abkommen zu gelangen, das es der Bundesrepublik ermöglicht, gleichberechtigt an gemeinsamen Anstrengungen der freien Nationen zur Sicherung des Friedens teilzunehmen, wobei die Gleichwertigkeit der Bedingungen der jeden Teilnehmerstaat zukommenden Sicherheit und ihrer Lebensinteressen gewährleistet sein muss.

Im Anschluß an ein Referat von Fritz Heine
traf der Vorstand der SPD folgende Feststellung:
Wahlhilfsorganisation der Bundesregierung

Vor mehr als einem Jahr wurde in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Lenz (Bundeskanzleramt) eine "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" gegründet. Diese Organisation trat nach außen als "überparteilich" auf, erklärte als ihr Anliegen, "die Demokratie im Volksbewußtsein zu verankern" und machte den Versuch, auch Sozialdemokraten für eine Mitarbeit zu gewinnen. Die bisherige Tätigkeit dieser Organisation erwies jedoch, daß die ADK eine Wahlhilfsorganisation der Bundesregierung ist. Der mit dem Aufbau beauftragte Geschäftsführer Dr. Hans Jahn ist vorher CDU-Sekretär gewesen, die Organisation in den Ländern wird zum großen Teil von der örtlichen CDU getragen und die Rednergarnitur besteht größtenteils aus hohen Regierungsbeamten.

Die ADK gehört zu einer Gruppe von Tarnorganisationen, deren Aufgabe darin besteht, für die Regierungskoalition den kommenden Bundeswahlkampf vorzubereiten. Sie bildet Redner und Diskussionsleiter aus, verbreitet Informationsmaterial, hält in exklusiven Hotels Konferenzen ab und verbündet sich selbst mit reaktionären Gruppen, wenn sie bereit sind, die Politik der Bundesregierung zu unterstützen. So hat die ADK Veranstaltungen mit reaktionären Organisationen wie dem BDJ, der Deutschen Gemeinschaft, dem Stahlhelm, der Gemeinschaft der Kriegsgeneration und anderen verdächtigen Gruppen durchgeführt. Andererseits werden von ihr Schriften gegen die SPD vertrieben und die Politik der SPD angegriffen und abgelehnt. Die Tätigkeit der ADK richtet sich gegen die SPD, in der man den Hauptgegner im kommenden Wahlkampf sieht. Es ist selbstverständlich, daß sich Sozialdemokraten in dieser Propagandaorganisation der Bundesregierung nicht betätigen können.

Bonn, 18. Februar 1953

+ + +